Das SPRACHROHR der Ahnataler SPD

NR. 1/1998 März 1998

Haushalt 1998:

Spare in der Zeit, dann hast du es in der Not (zumindest etwas leichter)

Daß an diesem Sprichwort etwas dran ist, dafür ist der inzwischen verabschiedete gemeindliche Haushalt für 1998 ein Beweis. Alle wichtigen und notwendigen Investitionen sind möglich, freiwillige Leistungen können weiterhin erbracht werden und die Verschuldung wird reduziert.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind mit Massenarbeitslosigkeit, leeren Sozialkassen, Steuerausfällen aber auch mit Globalisierung, EURO-Kriterien, Reformstau, Kosten der deutschen Einheit u.s.w. hier nur kurz angerissen.

Mit Kommunalpolitik kann man diese Probleme nicht lösen. Eine vorausschauende Politik, wie sie von den Sozialdemokraten in Ahnatal in der Vergangenheit immer betrieben wurde, kann aber zumindest, und das erweist sich heute, die schlimmsten Auswirkungen etwas dämpfen. So konnte Bürgermeisterin Regina Heldmann im November der Gemeindevertretung einen ausgeglichenen Haushaltsentwurf vorlegen.

Höhere Einnahmen im Verwaltungshaushalt aufgrund von erhöhten Schlüsselzuweisungen und der erstmaligen Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer wurden durch eine geringe Gewerbesteuerumlage und durch höhere Kreis- und Schulumlagen nicht nur aufgebraucht, insgesamt war ein Minus von 155.000 DM festzustellen. Dies und die Tatsache, daß die Unterhaltungskosten bei einigen gemeindlichen Einrichtungen gestiegen sind, u.a. wegen des dritten Kindergartens an Kammerberg, waren Gründe dafür, daß nur noch die gesetzlich vorgeschriebene Mindestsumme von gut 600.000 DM für Investitionen im Vermögenshaushalt zur Verfügung gestellt werden konnte.

Trotz der angespannten Finanzlage wurden in den Bereichen Kultur, Jugendpflege und Vereinsförderung keine Kürzungen vorgenommen. Auch für die Förderung von zusätzlichen Ausbildungsstellen für Ahnataler Jugendliche, die auf eine Initiative der SPD zurückgeht, werden in 1998 20.000 DM zur Verfügung stehen. Desweiteren ist festzustellen, daß jeder Kindergartenplatz inzwischen mit fast 300 DM pro Monat aus den allgemeinen Finanzmittel bezuschußt wird.

Bei den Gebühren waren Erhöhungen bei Wasser und Abwasser leider nicht zu umgehen. Mit jetzt 4,45 DM/Kubikmeter für Abwasser (das sind plus 20 Pfennige) und 3,25 DM/Kubikmeter für Wasser (plus 30 Pfennige) sind die Gebühren mit Blick auf andere Kommunen im Kreis Kassel aber noch immer sehr moderat. Die Steuerhebesätze konnten unverändert beibehalten werden.

Der Vermögenshaushalt ist, im Vergleich zu den vergangenen Jahren, mit insgesamt 2.055.200 DM sehr niedrig ausgefallen. Gut 250.000 DM davon sind vorgesehen für Maßnahmen, die unmittelbar die Situation von Kindern und Jugendlichen in unserer Gemeinde verbessern, für Spielplätze, Freizeiteinrichtungen, Kindergärten, Schulwegesicherung und für Radwege. Mit ca. 230.000 DM werden Sporteinrichtungen gefördert, davon allein 200.000 DM für Renovierungsarbeiten am Sportheim Triftstraße.

Für Arbeiten an den Friedhöfen sind etwa 170.000 DM geplant. Weitere Mittel stehen für die Kanalerneuerung, für Verbesserungen beim ÖPNV, für Verwaltung und Bauhof und für den Erwerb von unbebauten Grundstücken zur Verfügung.

Bemerkenswert ist, daß der Schuldenstand in diesem Jahr reduziert werden kann. Die Pro-Kopf-Verschuldung soll um 43 DM verringert werden (insgesamt etwa 340.000 DM). Warum dies in Zeiten, wo viele sagen, es müsse investiert werden, um Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen? Die Antwort hat Bürgermeisterin Regina Heldmann bei der Vorlage des Haushalts gegeben: Zum einen kann heutzutage der Nachweis nicht mehr erbracht werden, daß Investitionen zu zusätzlichen Arbeitsplätzen führen und zum anderen haben wir auch eine Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen, die auch noch finanzielle Spielräume für sich ergebende Notwendigkeiten und die Verwirklichung eigener Vorstellungen benötigen werden.

Steuer-Pleite:

Die Kohl-Regierung ist Schuld!

Das Gerede von der Blockadepolitik der SPD ist reine Propaganda. Eine Steuerreform, sofern sie von der Regierungskoaliton überhaupt beabsichtigt war, ist allein an fehlender Kompromißbereitschaft von CDU/CSU und vor allem der F.D.P. gescheitert.

Obwohl die SPD ein Konzept zur Senkung der Lohnnebenkosten vorgelegt hatte, in dem auch Vorschläge von Koalitionspolitikern enthalten waren, erwies sich die Koalition wegen ihrer internen Streitigkeiten als bewegungsunfähig und beharrte bis zuletzt auf ihren ungerechten, unsoliden und unfinanzierbaren Steuerplänen.

Hier die drei wichtigsten Gründe warum es zu keiner Einigung kommen konnte:

1. Der Koalitionsvorschlag würde keine neuen Arbeitsplätze schaffen.

Wir brauchen in Deutschland mehr Arbeit, und Arbeit muß wieder billiger werden. Zu hoch sind aber nicht die Löhne, es sind die Sozialversicherungsbeiträge, die die Kosten hochtreiben. Über 40 % des Lohnes für Renten- Arbeitslosen- und Krankenversicherung sind einfach zuviel - diese Beiträge müssen *runter*. Die SPD hat Vorschläge zur Senkung der Beiträge zur Renten- und Arbeitslosenversicherung um je einen Prozentpunkt gemacht. *Die Koalition hat abgelehnt.*

Die fehlende Binnennachfrage ist ein weiteres Hindernis auf dem Weg zu mehr Arbeit. Wirtschaftswachstum und neue Arbeitsplätze entstehen nur dort, wo Unternehmen erwarten dürfen, ihre Waren und Dienstleistungen auch verkaufen zu können. Die SPD wollte die Steuerentlastung deshalb auf die Empfänger konsumintensiver Einkommen konzentrieren, auf die Masse der Arbeitnehmer und Familien. Die Koalition dagegen wollte vor allem die Spitzenverdiener weiter entlasten, die sowieso kaum mehr konsumieren können als bisher schon.

2. Der Koalitionsvorschlag war sozial unausgewogen.

Die Hälfte des beabsichtigten Entlastungsvolumens war nach den Vorstellungen von Kohl & Co. für die oberen 10 % der Steuerzahler reserviert und ein rundes Drittel allein für das oberste Prozent. Für die untere Hälfte, auf die Masse der Lohn- und Einkommensteuerzahler, blieben so lediglich ca. 15 % des Steuernachlasses. Die SPD dagegen möchte den Hauptakzent auf die Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen setzen - aus sozialen, aber - siehe oben - auch aus ökonomischen Gründen.

3. Der Koalitionsvorschlag war nicht finanzierbar.

Die Politik der Kohl-Regierung hat die öffentlichen Haushalte nahezu in den Ruin getrieben. Die Staatsverschuldung ist in astronomische Höhen gestiegen, und sie wächst von Tag zu Tag weiter. In dieser Situation wollte die Koalition noch zusätzliche Steuerausfälle von mehr als 50 Milliarden Mark in Kauf nehmen. Dies hätte vor allem für Länder und Gemeinden bedeutet, daß sie die laufenden Ausgaben für Schulen, Universitäten, Kindergärten und Altentagesstätten, für die Polizei und die Feuerwehr nicht mehr hätten bestreiten können. Eine solche Pleitenpolitik zum Schaden der Menschen wäre nicht zu verantworten gewesen.

Wie unseriös die Steuersenkungspläne waren, zeigt sich auch daran, daß die Koalition nicht einmal in der Lage war, die auf Drängen der F.D.P. beschlossene Senkung des Solidaritätszuschlages ordentlich zu finanzieren, die den Bundeshaushalt „nur" mit 7,5 Milliarden Mark belastet. Der einzige Ausweg, der Kohl und Co. blieb, um die Macht zu retten war, die Rückzahlung von Schulden zu verschieben. Das ist schlicht verantwortungslos, denn damit wird die Finanzierung der Kosten einfach zukünftigen Generationen aufgebürdet.

Massenarbeitslosigkeit:

Die Methoden der Koalition

Kurz bevor die Arbeitslosenzahlen für Januar bekannt gegeben wurden, kündigte die Bonner Koalition großartig ein „Beschäftigungsprogramm" an. Die regierungstreuen Medien verfielen darob nahezu in Ekstase. Auch der HNA war diese Ankündigung eine Überschrift auf der Titelseite wert (HNA vom 3.2.1998: *Gezielte Hilfen für junge Arbeitslose geplant*).

Im kleiner Gedruckten erfährt der Leser dann, daß nach einem selbst in der Koalition umstrittenen Konzept, die Kommunen zusätzlich Sozialhilfeempfänger beschäftigen sollen. Und Jugendlichen ohne Berufsqualifikation sollen Arbeitsplätze zu einem Monatseinkommen von „über" 500 DM angeboten werden sollen - von wem, das erfährt der Leser leider nicht. Und das war's dann auch schon.

Kaum sind die Meldungen über einen „traurigen Rekord von fast 5 Millionen Menschen ohne Arbeit wieder aus den Schlagzeilen verschwunden, kommt der Rückzieher. CDU-Generalsekretär Hintze beantwortet die Frage, ob inzwischen konkrete Maßnahmen beschlossen worden seien, schlicht mit „Nein". Und der große Zampano Kohl verkündet, daß der Arbeitslosigkeit, wenn überhaupt, nur mit „differenzierten Methoden" beizukommen sei. Wie diese aussehen könnten, darüber äußert er sich nicht. Gehen wir davon aus, daß ER es nicht weiß.

Wo Blüm gespart hat

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Blüm, brüstet sich in einem Brief an die Mitglieder der Regierungsfraktionen mit seinen erfolgreichen Sparmaßnahmen. Bis 1997 waren es nach Blüms Rechnung schon nahezu 100 Milliarden DM, die er bei Arbeitnehmern, bei Rentner und bei Arbeitslosen einsparen ließ.

Was von Blüm als „Kostenentlastung" dargestellt wird, ist in Wahrheit ein dreister Griff in die Taschen derjenigen, zu deren Wohl zu arbeiten er sich mit seinem Amtseid verpflichtet hatte.

Warum der politische Wechsel die Aufgabe aller Demokraten ist.

Alle verantwortungsvollen Mitbürgerinnen und Mitbürger müssen daran interessiert sein, daß das demokratische Wechselspiel funktioniert, daß Macht auf Zeit verliehen wird. Und daß der gehen muß, der Mist baut.

Das ist das Grundprinzip der Demokratie. Die Drohung mit dem Machtwechsel soll sicherstellen, daß schlechte Entscheidungen, eine schlechte Politik bestraft werden. Eine Regierung, die ihre Sache schlecht macht, soll abgelöst werden.

Die Wirklichkeit sieht leider anders aus. Schon vor vier Jahren war diese Regierung eigentlich überfällig. Damals konnten Kohl und seine Verbündeten in Wirtschaft und Medien ein halbes Jahr vor der Wahl 1994 den Menschen aber nochmals vorgaukeln, der Aufschwung stehe vor der Tür und schaffe neue Arbeitsplätze. Zu viele haben das geglaubt und erst hinterher gemerkt, daß sie getäuscht wurden. Jetzt wird der gleiche Trick wieder versucht und man sollte sich nicht täuschen. *Die Fähigkeit Kohls, Mist als Marmelade zu verkaufen, ist bekannt* und seine Koalition verfügt über eine hochwirksame Stimmungsmaschinerie. Wirtschaftsverbände, die konservative Wissenschaft und große Teile der Medien trommeln mehr oder weniger offen für ihn. Die Sprecher der Arbeitgeber haben schon ihre Unterstützung erklärt. Nachdem sie jahrelang den „Standort Deutschland" miesgeredet haben, erkennen sie jetzt plötzlich Zeichen des Aufschwungs. CDU/CSU-nahe Journalisten lassen sich schon Monate vor der Wahl devot voll in die Kampagnen der Bonner Koalition einbauen. Typisch dafür Sonntag, der 18. Januar: Im „Presseclub" der ARD betet eine Vertreterin des konservativen „Rheinischen Merkur" stur die von der Koalition ausgegebenen Parolen herunter, zur Entscheidung der Grünen, die rot-grüne Koalition in Nordrhein-Westfalen fortzusetzen. Abends im Fernsehen bei Sabine Christiansen das gleiche Bild. Die Grünen seien eine Umfallerpartei.

Das ist reine Agitation - sachliche Diskussionen über Inhalte interessieren viele Journalisten gar nicht. Es geht häufig nur noch um Stimmungsmache. Diese läuft, wie gezeigt, sogar bei der ARD und erst recht natürlich bei den kommerziellen Sendern, den „Blöd"-Zeitungen, bei vielen Zeitschriften und Tageszeitungen, unser regionales Monopolblatt nicht ausgenommen. Je näher der Wahltermin rückt, um so mehr Medien lassen deutlich werden, daß ihre wirtschaftlichen Interessen von Waigels Steuerumverteilung zugunsten der hohen Einkommen halt besser bedient werden als von der SPD, die wieder ein Stück mehr *Gerechtigkeit* schaffen will. Selbst Zeitschriften, wie „Stern" oder „Spiegel", die früher für eine linksliberale Reformpolitik auch dann eintraten, wenn sie dem Geldbeutel ihrer Herausgeber oder Chefredakteure nicht frommte, machen heute Stimmung für neokonservative Anliegen: für Waigels Steuerpolitik, für weiteren Abbau des Sozialstaates - und für Politiker der Koalition. Typisch der Spiegel vom 12. Januar: Interview mit Rita Süssmuth (CDU) und Wolfgang Schäuble (CDU), ein gezielt auf CSU-Image-Förderung angelegter Bericht Wolf Biermanns(!) vom Besuch bei der CSU-Klausur in Kreuth, Interview mit Töpfer (CDU), Essay von Rüttgers (CDU) u.s.w.. Zugegeben, es gibt in den Medien auch Kritisches zu Kohl und seiner Regierung. Per Saldo aber werden alle, die einen wirklichen politischen Wechsel wollen, fast überall mit Gegenwind rechnen müssen. Das ist ein Preis der Pressefreiheit.

Die Medienkampagne gegen einen politischen Wechsel hängt natürlich mit der von dieser Regierung vorangetriebenen Kommerzialisierung von Hörfunk und Fernsehen zusammen und mit der damit verbundenen Konzentration in diesem Bereich. Die Konzerne Kirch/Springer, Bertelsmann und einige andere haben inzwischen die publizistische Macht in Deutschland - und nutzen sie aus. Mit demokratischer Meinungsvielfalt hat das leider nur noch wenig zu tun.

Wenn aus publizistischer Macht nicht politischer Machtmißbrauch werden soll, dann müssen sich die Demokraten in Deutschland endlich persönlich engagieren. Die Verantwortung dafür liegt nicht nur bei SPD und Grünen. *Da ist jede und jeder einzelne gefordert.*

Was wäre konkret zu tun?

Zunächst ist es wichtig, sich selbst ein Bild zu verschaffen von den Manipulationstricks der Stimmungsmacher, denen wir täglich ausgesetzt sind. Beobachten Sie z.B. die erwähnte Aufschwungpropaganda. Oder die immer wiederkehrenden Versuche, die Verantwortung für Schuldenpolitik und Arbeitslosigkeit auf die Sozialstaatlichkeit und angebliche Blockadepolitik der Opposition abzuschieben. Beobachten Sie, wie sich Kohl in der Diskussion um den EURO zum Schutzpatron der Mark hochzuspielen versucht. Oder wie rücksichtslos das schwierige Ausländerproblem von Innenminister Kanther zur Stimmungsmache gegen Ausländer benutzt wird - auch gegen jene, die als Gastarbeiter oder Aussiedler von den gleichen Leuten im Verein mit der Wirtschaft ins Land geholt wurden und werden.

Häufig merkt man allein gar nicht, wie man an der Nase herum geführt wird. Reden Sie mit anderen über die gestanzten Parolen der Meinungsbeeinflussung. Tun Sie sich mit anderen zusammen, im Freundes- und Kollegenkreis oder in eigenen kleinen Diskussionsrunden. Es ist interessant, hinter die Kulissen der Propaganda zu schauen. Wenigstens im Wahljahr sollten Sie sich diese Mühe machen. Reden Sie mit anderen, mit Freunden, Verwandten und Kollegen über das, was tatsächlich notwendig ist in diesem Lande. Und über den fälligen demokratischen Wechsel, *damit diejenigen die Macht der Wähler zu spüren bekommen, die schlecht regieren.*

Es gibt eine Hoffnung: Die Überzeugungskraft von Menschen ist um vieles wirksamen als die Agitation der Medien. Das galt früher und es gilt heute. Das ist die Chance, den politischen Wechsel auch wirklich zu erreichen.

Nutzen Sie die Chance -
machen Sie mit.

- die SPD informiert - die SPD informiert - die SPD informiert - die SPD informiert - die SPD informiert - die SPD informiert - die SPD informiert -

Fragen zum EURO?

Die europäische Einheitswährung wird kommen - trotz aller nach wie vor vorhandener Vorbehalte und Befürchtungen. Bedenken und Ängste vor dem EURO hängen auch damit zusammen daß es viele widersprüchliche Aussagen zu den Konsequenzen und Folgen der Einführung gibt, daß die Menschen in Deutschland und Europa schlecht oder unzureichend informiert werden.

Wir bieten Ihnen sachliche **Informationen** an:

Die SPD Ahnatal lädt zu einer öffentlichen Veranstaltung ein:

Was bringt uns der EURO? Was kommt auf uns zu?

am 10. März 1998
um 20.00 Uhr
im Bürgersaal Weimar

Referent: **DIETER DITZEL**

Direktor der Vermögensberatung der Kasseler Sparkasse

- die SPD informiert - die SPD informiert - die SPD informiert - die SPD informiert - die SPD informiert - die SPD informiert - die SPD informiert -

Einige Anmerkungen zur Haushaltsdebatte der Gemeindevertretung:

Die „Linie" der CDU:

Die CDU blieb sich bei der Beratung des Haushaltes treu. Weil man keine realistischen Einwände hatte, lehnte man den vorgelegten Haushalt eben aus Prinzip ab.

Interessant war die CDU-Kritik am Vermögenshaushalt, den der CDU-Fraktionsvorsitzende als den „traurigsten in seiner Zeit als Gemeindevertreter" bezeichnete. Wer daraufhin auf CDU-Vorschläge für zusätzliche Investitionen wartete, wurde enttäuscht. Da ist den Herrschaften wohl nichts eingefallen, es hätte ihnen ja auch etwas zur Finanzierung einfallen müssen. Das wiederum macht ihnen aber die eigene Bundesregierung nahezu unmöglich, denn die hat in den vergangenen Jahren mit ihrer Politik die kommunalen Finanzen an den Rand des Ruins getrieben.

Die nachträgliche Kritik der CDU an den im Dezember beschlossenen Gebührenerhöhungen fiel, wie zu Erwarten war, reichlich unqualifiziert aus. Die Menge des bisher ungemessenen, an gemeindlichen Einrichtungen (Bauhof, Friedhöfe, Blockhütten) entnommenen Wassers liegt nachweisbar bei ca. 3000 Kubikmeter/Jahr und nicht, wie vom CDU-Sprecher behauptet, bei 30.000 Kubikmeter und auf die Begründung, warum eine Gebührenbedarfsberechnung in Form eines „dicken Wälzers" vorzulegen ist, wartete man auch ebenfalls vergeblich.

Das „Verständnis" der LWG:

Die Ahnataler LWG ist noch in der Gemeindevertretung, weil sie unter dieser Tarnbezeichnung und nicht, wie es der Realität entspricht, als F.D.P. angetreten ist. Wegen ihres nicht ganz unverdient miesen Abschneidens ist sie in den Ausschüssen nicht mehr stimmberechtigt.

Vielleicht war dies der Grund dafür, daß der LWG-Sprecher das bei den sogenannten „Inneren Verrechnungen" von der Verwaltung angewandte Berechnungsverfahren als „eklatanten Verstoß gegen die Haushaltsklarheit" bezeichnete und im gleichen Atemzug zugab, daß diese Inneren Verrechnungen für ihn „ein Buch mit sieben Siegeln seien".

Das ist natürlich auch ein Ablehnungsgrund!

Die „Vernunft" der Grünen:

Die Grünen „sahen sich diesmal in der Lage, dem Haushalt zuzustimmen!" Es sei „der vernünftigste Haushalt" der letzten Jahre, so äußerte sich der Sprecher der Grünen.

Dazu bleibt nur festzustellen, daß dieser „vernünftige" Haushalt nur möglich war, weil die SPD in der Vergangenheit eine „vernünftige" Kommunalpolitik gemacht hat, häufig genug gegen den erbitterten Widerstand der Grünen.

- DAS SPRACHROHR -

Herausgeber:	*SPD Ahnatal*
Redaktion:	*Gerhard Schreiber*
	Weidenweg 18
	34292 Ahnatal
Druck:	*MDM, Kassel*
Auflage:	*3500*

Das SPRACHROHR erscheint mehrmals im Jahr und wird kostenlos an alle Haushalte in Ahnatal verteilt.